



Pressemitteilung

Bäume statt Bambi?

Deutsche Wildtier Stiftung bewertet das neue Bundesjagdgesetz als wildfeindlich

Hamburg, 9. November 2020. Die Reform des Bundesjagdgesetzes nimmt Fahrt auf. Das Bundeskabinett hat die Vorlage des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gebilligt; sie wird jetzt im Deutschen Bundestag diskutiert werden. „Der vorgelegte Entwurf bedient einseitig die Interessen der Waldbesitzer und der Forstwirtschaft und muss überarbeitet werden“, kritisiert Hilmar Freiherr von Münchhausen, Geschäftsführer der Deutschen Wildtier Stiftung. „Die Bedürfnisse der Wildtiere im Wald bleiben auf der Strecke.“

Auslöser für die geplanten Änderungen im Bundesjagdgesetz sind rund 300.000 Hektar Wald, die durch die Trockenheit der vergangenen Jahre schwer geschädigt sind. „Weil auf drei Prozent der Waldfläche Deutschlands die Bäume – meistens Fichten – absterben, soll flächendeckend der Wildbestand reduziert werden“, kritisiert der Geschäftsführer der Deutschen Wildtier Stiftung. Dabei zeigen die Daten der Bundeswaldinventur, dass auf jedem Hektar Wald in Deutschland durchschnittlich 4.000 junge Bäume ohne Schäden durch Wildverbiss heranwachsen. „Wir haben kein flächendeckendes Problem. Die Politik sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht“, so Münchhausen.

Mit dem neuen Bundesjagdgesetz sollen die Jäger die Zahl der Rehe drastisch reduzieren, so dass „die Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen gelingt“. „Selbstverständlich müssen sich in einem Wald die dort vorhandenen Bäume natürlich verjüngen können, ohne dass Zäune gegen den Fraß des Wildes gebaut werden müssen“, erläutert Münchhausen. Pflanzen Waldbesitzer jedoch Baumarten, die bisher in ihrem Wald nicht vorkommen, dann müssen diese Bäume aus Sicht der Deutschen Wildtier Stiftung zumindest in den ersten Jahren geschützt werden. „Gerade Rehe sind Feinschmecker; neu gepflanzte Douglasien, Küstentannen und Roteichen sind für sie ein Leckerbissen.“ Der Entwurf des Bundesjagdgesetzes sieht vor, dass auch in diesen Fällen die jungen Bäume ohne Schutz heranwachsen sollen. Das bedeutet, dass der Wildbestand so radikal reduziert werden muss, dass von einem „gesunden und artenreichen Wildbestand“ – ironischerweise

ebenfalls ein Ziel im Bundesjagdgesetz - nicht mehr die Rede sein kann. „Wir müssen die biologischen Ansprüche des Wildes und die wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzer zusammenführen“, fordert Hilmar Freiherr von Münchhausen. Das Leitbild muss „Wald mit Wild“ heißen.

Auch von der Landwirtschaft fordert die Gesellschaft mehr Rücksicht auf den Umweltschutz und die Belange von Wildtieren und Wildpflanzen. „Das muss auch für die Forstwirtschaft gelten! Die Waldbesitzer in Deutschland werden für den anstehenden Waldumbau rund 1,5 Milliarden Euro vom Steuerzahler erhalten – und das ohne eine direkte Verknüpfung dieser Subventionen mit ökologischen Kriterien“, kritisiert der Geschäftsführer der Deutschen Wildtier Stiftung. „Jetzt darf nicht auch noch ein Bundesjagdgesetz kommen, das allein im Abschuss des Wildes das Mittel zum Umbau unserer Wälder sieht.“

Stellungnahme zur Novelle des Bundesjagdgesetzes - hier zum Download:

https://www.deutschewildtierstiftung.de/aktuelles/baeume-statt-bambi/bundesjagdgesetz_stellungnahme_dewist_09-11-2020.pdf

Pressekontakt

Eva Goris, Pressesprecherin, Christoph-Probst-Weg 4, 20251 Hamburg,
Telefon 040 9707869-13, Fax 040 9707869-19,
E.Goris@DeutscheWildtierStiftung.de, www.DeutscheWildtierStiftung.de